

Der Cadmiumgehalt steigt : Umweltminister verbietet Gifte im Pflanzenschutz

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **36 (1981)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-892589>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

deutung sind, ist aus den bisher durchgeführten Versuchen nicht zu ermitteln.

Besonders bemerkenswert sind die Feststellungen deshalb, da die Kaninchen nur 5 bis 6 Wochen lang das «Versuchsfutter» erhalten hatten. Außerdem wurde mit einer Ausnahme in sämtlichen Versuchen noch ein Zusatzfutter verabreicht – Sojaschrot und Melasse bzw. ein vielseitig zusammengesetztes Fertigfutter. Dadurch waren eine Minderung der «Schadwirkung» der Versuchsfuttermittel und somit eine gewisse Nivellierung der Ergebnisse zu erwarten.

Die beschriebenen Resultate müssen allerdings noch vorsichtig beurteilt werden, da es sich hierbei um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Versuchen und Versuchstieren handelt. Eine umfassende Nachprüfung und Ergänzung der bisher erzielten Ergebnisse sind unbedingt erforderlich.

Prof. Dr. J. Hahn

Der Cadmiumgehalt steigt - Umweltminister verbietet Gifte im Pflanzenschutz

In der Herbstnummer unserer «Vierteljahrsschrift für Kultur und Politik» haben wir von der gesundheitlichen Gefährdung durch die Schwermetalle – das Cadmium – berichtet. Es dürfte interessieren, was wir in diesem Zusammenhange folgen lassen.

Nach Angaben des bayrischen Umweltministers Alfred Dick gibt es bundesweit Hinweise dafür, daß die Cadmiumkonzentration im ökologischen System angestiegen ist. Bei der Eröffnung des Internationalen Kolloquiums Schwebstoffe und Stäube bezeichnete Dick die steigende Umweltbelastung durch Schwermetallverbindungen als ein erhöhtes Gefährdungspotential. Es gebe aber noch keine praktikablen Verfahren, um die Cadmiumkonzentration im Boden zu senken, die durch Abluft, Klärschlamm und Phosphatdünger verursacht würde. Deshalb müsse man zu einer Verringerung der Niederschlagsmenge an Cadmium kommen.

Nach Ansicht des Präsidenten des Umweltbundesamtes in Ber-

lin, Heinrich Freiherr von Lersner, hat das Cadmiumproblem gezeigt, daß die Luftreinhaltung im ökologischen Gesamtzusammenhang betrieben werden müsse. Er wies mit Sorge darauf hin, daß bereits heute bei der oralen Aufnahme 70 bis 80 Prozent des von der Weltgesundheitsorganisation als tolerierbar bezeichneten Wertes erreicht werden. Es genüge nicht mehr, nur einen weiteren Anstieg zu verhindern, vielmehr sei eine Senkung der Belastung erforderlich.

Von Lersner machte ferner darauf aufmerksam, daß die Luftreinhaltungspolitik des Bundes und der Länder, die bis zur Mitte der siebziger Jahre in den Ballungsgebieten zu einer deutlichen Verminderung der Staubbelastung geführt habe, in den vergangenen fünf Jahren keine vergleichbaren Erfolge mehr erzielen konnte. Von 1965 bis 1978 ist es nach Angaben Dicks noch gelungen, die Gesamtstaubemission in der Bundesrepublik von etwa 1,6 auf 0,5 Millionen Tonnen pro Jahr zu senken.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation liegt die Bleiaufnahme durch die Nahrung heute bei einem Viertel der von ihr als duldbar angesehenen Menge, die Quecksilberaufnahme bei etwa einem Siebtel. Deutlich höher sei jedoch die Cadmiumaufnahme mit etwa zwei Drittel des als duldbar angesehenen Wertes. Zur Verminderung der Cadmiumaufnahme empfiehlt die Gesellschaft deutscher Chemiker, das Rauchen einzuschränken. Durch den Zigarettenkonsum gelange weit mehr Cadmium in das Blut als durch irgendein Lebensmittel.

An der Spitze der bleihaltigen Lebensmittel stehen nach Darstellung von Sperlich Obst und Gemüse, vor allem wenn sie von Gärten und Feldern in der Nähe verkehrsreicher Straßen stammen. Etwa sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Bundesrepublik seien stark belastet. Der Chemiker empfahl, Obst und Gemüse gründlich zu waschen, da 20 bis 70 Prozent des oberflächlich anhaftenden Bleis entfernt werden könnten. Besser sei es jedoch, die Früchte zu schälen, oder – zum Beispiel bei Kopfkohl – die äußeren Blätter abzunehmen.

Der Chemiker wies darauf hin, daß das in den Wildpilzen enthaltene Cadmium nur in sehr geringen Mengen (etwa fünf Prozent) vom Körper aufgenommen werde. Die Hauptmenge des Schwermetalls sei chemisch so fest an das Pilzeiweiß gebunden, daß es unverdaut wieder ausgeschieden werde.

Das Getreide auf vierzehn Feldern im Hamburger Staatsgebiet hat einen Cadmiumgehalt, der mehr als doppelt so hoch wie der empfohlene Richtwert ist. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde ordnete für die betroffenen Landwirte ein Vermarktungsverbot für den menschlichen Verzehr an.

Das Getreide darf nach der Beschränkung nicht als Lebensmittel verkauft werden. Nach Angaben der Gesundheitsbehörde ist der Schwermetallgehalt bedenklich. Aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes habe man diese Auflagen erlassen.

Das Getreide wird auf Schwemmland angebaut, auf dem vor einigen Jahren Elbschlick aufgespült wurde. Rund zwei Millionen Kubikmeter Hafenschlick werden jährlich aus der Elbe gebaggert, um eine Versandung des Flusses zu verhindern. Früher war er bei den Landwirten als Dünger begehrt. Ende der siebziger Jahre wurde man auf den Schwermetallgehalt des Schlicks aufmerksam.

Verursacher der Verunreinigung sind nach Ansicht der Umweltbehörde chemische, metallherzeugende und -verarbeitende Firmen sowie Fotolabors an der Elbe. Auch Emissionen, die in der DDR in den Fluß geleitet werden, spielen eine Rolle.

Seit zwei Jahren prüft die Umweltbehörde die mit dem Schlick gedüngten Flächen genauer. Nach Angaben der Wirtschaftsbehörde werden die Landwirte entschädigt, die von den Vermarktungsbeschränkungen der Gesundheitsbehörde betroffen sind.

Nach 1945 wurden etwa 2000 Hektar Fläche mit Schlick aufgespült. Alle Flächen, auf denen gegenwärtig aufgeschwemmt wird, sollen – so die Wirtschaftsbehörde – später nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Im Augenblick prüfe man Möglichkeiten, den Schlick anderweitig zu verarbeiten. Die besten Aussichten habe ein Verfahren, bei dem aus dem Schlick Baustoffe hergestellt werden sollen. Die vorhandenen Kapazitäten an Schwemmland würden noch bis 1983 ausreichen.

Kürzlich hatte die Wirtschaftsbehörde 99 mit Elbschlick aufgespülte Felder untersucht. Bei der Hälfte der Proben überstieg der Cadmiumgehalt des Getreides den von der Gesundheitsbehörde festgelegten Richtwert von 0,1 Milligramm pro Kilogramm zum Teil erheblich, wie eine Sprecherin der Behörde mitteilte. Eine Probe wies sogar einen Cadmiumgehalt von 0,87 Milligramm auf.

Umweltminister verbietet Gifte im Pflanzenschutz

Auf die Anwendung giftiger Pflanzenschutzmittel soll in Hessen künftig aus Gründen des Naturschutzes verzichtet werden. Dies teilte der hessische Umweltminister Karl Schneider (SPD) in Wiesbaden auf eine Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Otto Wilke mit. Wie der Minister erläuterte, sind in der Vergangenheit im Getreideanbau und bei der Pflege von Grünkulturen häufig Unkrautvertilgungsmittel mit dem Wirkstoff «2,4,5-T» verwendet worden. Diesen Stoff setzten die amerikanischen Truppen während des Vietnamkriegs zur Entlaubung der Bäume ein.

Schneider erklärte, er habe alle Ämter für Landwirtschaft und Landentwicklung in Hessen angewiesen, keine «2,4,5-T»haltigen Mittel im Pflanzenschutz einzusetzen, bis die Biologische Bundesanstalt deren Prüfung abgeschlossen habe.

Von Seiten der Bundesregierung sollten alle als gefährlich angesehenen Wirkstoffe – wie etwa das im Vietnamkrieg als Entlaubungsmittel verwendete «2,4,5-T» – unverzüglich verboten werden. Alle anderen auf dem Markt verbleibenden Mittel müßten einer strengen Rezeptpflicht unterworfen werden. Es sei «unerträglich», daß hochgiftige Substanzen, die teilweise giftiger als Arsen seien, von jedermann frei im Handel gekauft werden könnten.

«Gesundes Leben» 10/81

Kampf ums Überleben

Ziel meiner Warnungen – Visionen habe ich keine, ich halte mich an Fakten – ist nicht die Lähmung der Kämpfer, sondern ihre Aktivierung zum Kampf an der neuen Front.

Denn an die Aufgabe, so schwer sie ist, müssen wir heran; vor ihr erblassen alle alten Prioritäten.

Carl Amery